Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 8 (1967)

Heft: 10

Artikel: Karlsbad : eine neue 7. Komintern-Tagung?

Autor: Revesz, Laszlo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1077076

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Karlsbad — eine neue 7. Komintern-Tagung?

Von Laszlo Revesz

Ende April 1967 wurde die erste gesamteuropäische regionale kommunistische Konferenz in Karlsbad abgehalten, wie dies von mehreren Diskussionsteilnehmern, vor allem vom Generalsekretär der KPdSU, Breschnew, stolz betont wurde. Bis zu dieser Zeit wurden einige Konferenzen für die kommunistischen Parteien des bürgerlich-kapitalistischen Europas und getrennt für die kommunistischen Staatsparteien dieses Kontinents abgehalten. Der ersten gesamteuropäischen Konferenz ging eine lange und ziemlich schwierige Vorbereitungsetappe voran, und trotz gründlicher Vorbereitung konnte von den insgesamt 30 kommunistischen Parteien des Kontinents nur die Anwesenheit von 24 garantiert werden — wobei auch die KP San Marinos, die Westberliner SED-Partei, die illegalen KPs von Spanien und Portugal sowie die KP Griechenlands als selbständige Parteien angeführt wurden. Folgende Parteien lehnten die Teilnahme ab: Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens, die Albanische Partei der Arbeit, die KP Rumäniens (Staatsparteien), sowie die KP der Niederlande, die Einheitliche Sozialistische Partei Islands und die KP Schwedens. Letztere Partei entsandte jedoch einen Beobachter in der Person von Fritjof Lager, Mitglied des Politbüros des ZK dieser Partei. Die PdA der Schweiz war durch ihren Generalsekretär, Woog, vertreten.

Traktandum China vermieden

Wenn man die einzelnen Diskussionsbeiträge und die Beschlüsse der Konferenz (eine Erklärung sowie ein Communiqué) sorgfältig durchliest, kommt man unwillkürlich zur Feststellung: Recht hatten diejenigen Parteien, welche gegen eine solche Konferenz plädierten. Denn sie brachte gar nichts Neues. Eine Konferenz ohne Elan, ohne den während fünfzig Jahren immer praktizierten offensiven Charakter. Sogar gegen die chinesische KP wurden jegliche Ausfälle sorgfältig vermieden; statt Kritik an dieser Partei zu üben, beschränkte man sich auf die Befürwortung der Wiederherstellung der Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung. Zwei Diskussionsteilnehmer bedauerten in sehr vorsichtiger Form das Fernbleiben einiger Parteien. Novotny gab der Hoffnung der Konferenzteilnehmer am klarsten Ausdruck: «Wir sind überzeugt, dass auch von einigen europäischen KPs, die leider an unseren Beratungen nicht teilnehmen, uns nicht derartige Meinungsunterschiede trennen, dass es nicht möglich wäre, sie in weiteren Diskussionen zu überbrücken und vor allem bei der Lösung der Fragen der Sicherheit in Europa ... zusammenzuarbeiten.» («Neues Deutschland», 26. April 1967, S. 5/6) Auch Kadar gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, dass im Kampf für Frieden und Sicherheit in Europa die der Konferenz beiwohnenden und alle übrigen Parteien einig seien. («Neues Deutschland», 28. April 1967, S. 4) Vom alten Vokabular verblieben nur die Ausfälle gegen die USA (USA-Gendarm der Reaktion) und die Bundesrepublik Deutschland, als den Satelliten Amerikas: «Die führenden Staatsmänner der USA machen das Bonner Regime ... zu ihrem Hauptstützpunkt in Europa im Kampf gegen die sozialistischen Länder und für die Herrschaft in der Welt.» (Waldeck Rochets Erklärung, «Neues Deutschland», 26. April 1967, S. 5) Zu gleicher Zeit musste sich Novotny gegenüber den Anschuldigungen verteidigen, die Tschechoslowakei, Polen und die DDR wollten ein «eisernes Dreieck» gegen die Bundesrepublik bilden. («Neues Deutschland», 26. April 1967, S. 5/6)

Die wichtigste Lehre der Konferenz ist vielleicht, dass sich Moskau wieder einmal bei den volksdemokratischen Parteien durchsetzen konnte und diese in den Satellitenstatus zurückdrängte. Mit der Ausnahme der rumänischen KP kehrten alle Staatsparteien ihren bisherigen Bemühungen zur Regulierung der Beziehungen zur Bundesrepublik den Rücken.

Umworbene Kirche

Das wichtigste Ergebnis der Konferenz ist eine entschlossene Rückkehr auf die Linie des 7. Komintern-Kongresses im Jahre 1935: auf die Linie der Volksfrontpolitik. Aufhebung der Spaltung der Arbeiterklasse durch die gegenseitige Annäherung von Kommunisten und Sozialdemokraten, Zusammenfassung aller friedliebenden und fortschrittlichen gesellschaftlichen Kräfte, zwecks Abwendung der Kriegsgefahr.

In einer Beziehung tat aber diese Konferenz noch mehr als der erwähnte Komintern-Kongress: sie befürwortete nicht nur die Zusammenarbeit mit den politisch sympathisierenden Elementen des Westens, sondern auch mit dem grössten ideologischen Gegner, dem Katholizismus.

Im Zeichen der offiziellen kommunistischen Aussenpolitik, der friedlichen Koexistenz, soll eine Zusammenarbeit, ja sogar eine Aktionseinheit mit den fortschrittlichen katholischen Massen angestrebt werden, ohne jedoch auf ideologischem Gebiet Konzessionen zu machen. Befürworter einer solchen neuen Wendung waren hauptsächlich die Vertreter der in katholischen Ländern tätigen KPs: Luigi Longo, der Generalsekretär der KP Italiens, verlangte, dass sich die Kommunisten viel mehr als bisher an das Bewusstsein und die Initiative der katholischen Massen wenden müssen. «Das ist die Aktion, die wir als Politik des Dialogs mit den Katholiken bezeichnen, ohne Versöhnung zwischen den philosophischen und ideellen Konzeptionen der Kommunisten und Katholiken, die absolut unterschiedlich sind.» Noch deutlicher gab der Vorsitzende der KP Spaniens, Dolores Ibarruri, die-

Breschnew mit Genossen aus Ost- und Westeuropa. Links im Gespräch mit Hendrych (CSSR-Chefideologe), Kadar und Novotny. Eine Dolmetscherin ist nötig. Rechts in Besprechung mit dem italienischen KP-Chef Luigi Longo.

ser Linie Ausdruck: «Innerhalb der katholischen Bewegung gelangen breite Kräfte an die Oberfläche, die sich auf die Zukunft orientieren und die Positionen der Demokratie und des Sozialismus einnehmen. Die katholischen Kräfte, die eine Wandlung der Gesellschaft anstreben, spielen eine positive Rolle im Kampf für die Demokratie. Wir sind der Ansicht, dass wir diese Kräfte nicht ignorieren können, sondern ihnen entgegenkommen müssen. Der Katholizismus ist in der gegenwärtigen Epoche eine der grössten Massenbewegungen, und wir müssen uns bemühen, ihr so nah wie möglich zu kommen.» («Neues Deutschland», 28. April 1967, S. 4)

Einige weitere Redner sprachen sich für die Zusammenarbeit mit den christlichen Kräften im allgemeinen bzw. mit den christlichen Parteien aus, so vor allem Breschnew, und im 3. Teil der Erklärung der Konferenzteilnehmer werden Katholiken wie Protestanten aufgerufen, für Frieden und Sicherheit mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten: «Wir wenden uns an die christlichen Kräfte, Katholiken und Protestanten, an die Gläubigen aller Konfessionen, die in ihren religiösen Ueberzeugungen die Motive ihres Strebens nach Frieden und sozialer Gerechtigkeit finden.» («Neues Deutschland», 27. April 1967, S. 2) Luigi Longo verlangte sogar, dass die Friedensappelle und Initiativen der Kommunisten für die breitesten katholischen Massen verständlicher formuliert werden sollten.

Der Kommunismus hat der katholischen Kirche bisher noch nie in einem so massiven Ausmasse den Hof gemacht. Nur die Vertreter der Staatsparteien schwiegen über den fortschrittlichen Charakter des modernen Katholizismus, da sie sonst ihre Politik der Kirche gegenüber innerhalb des «sozialistischen Lagers» und ausserhalb von ihm kaum auf einen gemeinsamen Nenner hätten bringen können.

Zwischen der Dialogbereitschaft der Konferenzteilnehmer und der letzten halboffiziellen sowjetischen Stellungnahme zum Dialog scheint jedoch ein gewisser Widerspruch vorhanden zu sein. Nach sowjetischer Auffassung kann es sich nämlich nicht um einen «Dialog im allgemeinen» handeln, sondern nur um einen Dialog mit den «fortschrittlichen Kräften» des Westens. Ein Dialog mit den Antikommunisten sei, wie ausdrücklich betont wird, völlig ausgeschlossen. Diese Stellungnahme weist auf den ausgesprochenen politischen Zweck des Dialogs klar hin: dort, wo man fachkundigem Gegner gegenübersteht und eine Aufweichung der eigenen Reihen möglich ist, wird jeglicher Dialog abgelehnt.

Von Sozialisten und Nationalisten

Der Wunsch nach Zusammenarbeit mit den Sozialisten ist nicht neu. Neu ist hingegen, dass die massiven und groben Ausfälle gegen die jegliche Zusammenarbeit mit den Kommunisten ablehnenden sozialdemokratischen Führer nicht wiederholt wurden. Breschnew kritisierte die Leitung der Labour-Partei und Ulbricht die westdeutschen Sozialdemokraten, aber mit Mass und Geduld. Die früheren Ausdrücke gegenüber den Sozialdemokraten, wie Sozialchauvinisten, Verbündete des Imperialismus, des Bürgertums, Verräter am Volk und an der Arbeiterklasse usw., sind schon seit mehreren Jahren aus dem politischen Arsenal der Bewegung verschwunden.

Hie und da findet man einige für die östliche Parteitheorie direkt ketzerische Programmpunkte, die nur so lange gelten können, bis die kommunistische Machtübernahme vollendet wird. So begrüsste Breschnew den Nationalismus einiger westeuropäischer Völker und betonte, mit den nationalistisch eingestellten Völkern des Westens sei die Verwirklichung einer Aktionseinheit bzw. eine Zusammenarbeit leichter. Im Innern der kommunistisch regierten Länder ist jedoch eine Grundthese von Politik und Theorie, dass die schädlichsten Ueberreste des Kapitalismus gerade Nationalismus, Religion und Verbrechertum seien.

«Seid neutral, bis . . .»

Ein zunächst ebenfalls ketzerischer Wunsch betrifft die Neutralität für mehrere «nichtsozialistische» Staaten. Apostolos Grozos, Vorsitzender der KP Griechenlands, verlangte eine Neutralitätspolitik für sein Land. («Neues Deutschland», 29. April 1967, S. 5) Auch für Spaniens Zukunft wurde die Neutralität als die beste Perspektive angeführt. Die Neutralität als «Ausweg» für Spanien wurde von Ibarruri hervorgehoben. Auch der Vorsitzende der KP Dänemarks, Knud Jespersen, sprach in diesem Sinne: «Die Politik unserer Partei geht davon aus, dass sich Dänemark neutral erklären möge. Es ist deshalb für uns wichtig, dass ein System der kollektiven Sicherheit das Prinzip der Neutralität anerkennt.» («Neues Deutschland», 27. April 1967, S. 5/6)

In diesem Zusammenhang kann man kurz auf die Erklärung von E. Woog, Generalsekretär des ZK der PdA der Schweiz, hinweisen. Er warf dem schweizerischen Bürgertum vor, es ergänze den Begriff der Neutralität mit dem Begriff der Solidarität mit der bürgerlichen Welt; allerdings verlangte er die Gesinnungsneutralität nicht. «Auch wir lehnen die Gesinnungsneutralität ab und nehmen für uns in Anspruch, der Neutralität jenen Inhalt zu geben, der den wirklichen Interessen des Schweizer Volkes entspricht . . . So stellen wir der bewaffneten, einseitig ausgerichteten Neutralität der herrschenden Bourgeoisie die friedliche allseitige Neutralität des Volkes gegenüber, das heisst der wirklich gleichen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit allen Ländern . . .» («Neues Deutschland», 28. April 1967, S. 6)

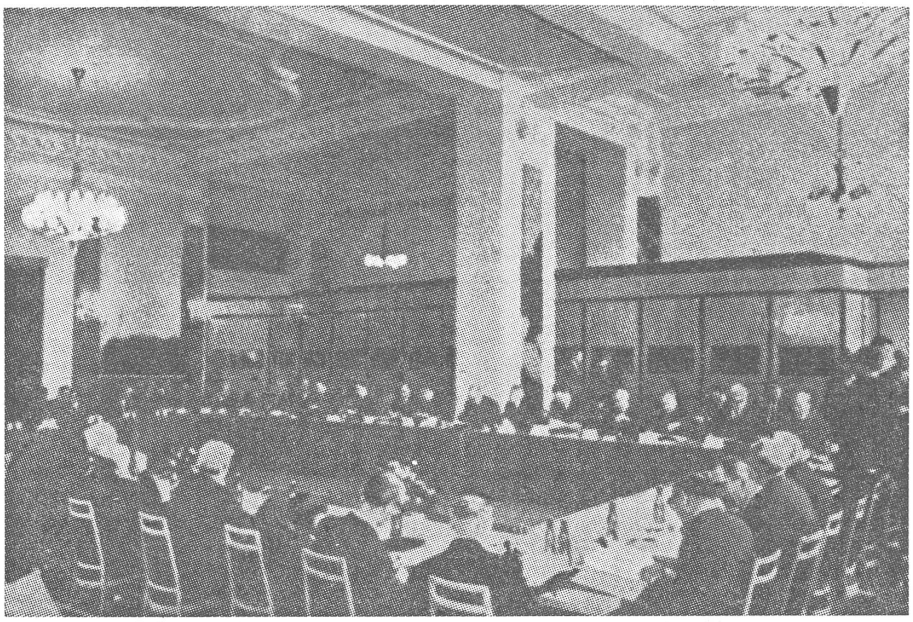
Die Neutralitätsbestrebung kann selbstverständlich nur als eine zeitlich beschränkte Zielsetzung akzeptiert werden, nämlich bis die kommunistische Partei die Macht ergreift. Ein sozialistisches Land dürfe hingegen niemals neutral sein, heisst es in der marxistisch-leninistischen Theorie, und dementsprechend bedrohte das rumänische Strafgesetzbuch noch vor einigen Jahren jegliche Neutralitätspropaganda mit dem Tode. (Durch die neue Fassung des StGB wurde inzwischen dieser Paragraph gestrichen.)

Ein anderer Ton aus Moskau

In der Organisation dieser grossen Kundgebung für den Zusammenschluss aller friedliebenden und demokratischen Kräfte Europas hat man in der UdSSR jedoch einen Regiefehler gemacht. Das Mitteilungsblatt der Moskauer Universität für Philosophie (Westnik Moskowoskogo Universitata, Filosofija) brachte in seiner 1. Nummer von 1967 (erschienen im April) einen wichtigen, sogar grundsätzlichen Artikel von A. D. Kositschew unter dem Titel: «Ueber die Verbindung des Kampfes für die Demokratie mit dem Kampf für den Sozialismus in der Gegenwart.» (Seiten 8—19) Hier wird klipp und klar erklärt, was man unter dem Begriff «Kampf für die Demokratie in den nichtsozialistischen Ländern» zu verstehen hat. «Der Kampf für die Demokratie ist ein Bestandteil des Kampfes für den Sozialismus.» «Der konsequente Kampf für Demokratie, für tiefgreifende demokratische Umgestaltungen führt letzten Endes zur Expropriation des Bürgertums, zur Aufhebung des Privateigentums auf die Produktionsmittel. Der Kampf für die Demokratie ist also ein Mittel zur Durchführung der sozialistischen Revolution . . . In der heutigen Periode hat sich der Inhalt des Kampfes für die Demokratie geändert. Zielsetzung und Aufgabe dieses Kampfes haben sich den Zielsetzungen und Aufgaben des Kampfes für den Sozialismus angenähert. Inhalt des Kampfes für die Demokratie ist die wirtschaftliche, politische und geistige Befreiung der Werktätigen. Verständlicherweise kann dies bei der Aufrechterhaltung des Kapitalismus und der bürgerlichen Demokratie nicht verwirklicht werden. Darin kommen Annäherung und Zusammenfallen des Kampfes für die demokratische Umgestaltung mit den Zielsetzungen und Aufgaben der sozialistischen Revolution zum Ausdruck, welche allein imstande ist, eine gesellschaftliche Ordnung zu garantieren, welche die soziale, wirtschaftliche und geistige Befreiung der Werktätigen bringt.» (S. 11)

Ebenfalls sind, laut heutiger marxistisch-leninistischer Theorie, die Triebkräfte der demokratischen und sozialistischen Revolution identisch: In der Uebergangsperiode vom Feudalismus zum Kapitalismus war das Bürgertum die Triebkraft der demokratischen Bewegung; heute aber die Arbeiterklasse, die Trägerin des sozialistischen Ideals und die leitende Kraft der sozialistischen Revolution. (S. 12) Der Kampf für die Demokratie ist also die wichtigste Bedingung der Vorbereitung der sozialistischen Revolution: «Die demokratischen Reformen und Umgestaltungen, für welche die Kommunisten kämpfen, bilden ein Mittel zur Vorbereitung der sozialistischen Revolution, zur Zerstörung des Kapitalismus und Errichtung des Sozialismus.» (S. 13) «Demokratische Reformen und Umgestaltungen sind in der Gegenwart ein neues taktisches Kampfmittel, das die Heranführung der Massen zur Durchführung der sozialistischen Revolution garantiert; eine spezifische Form des Klassenkampfes der Werktätigen gegen das Kapital.» (S. 13) Wenn die Marxisten über demokratische Reformen sprechen, so denken sie an einen Klassenkampf des Proletariates, da die Kommunisten den Kapitalismus nicht durch Reformen, sondern durch Klassenkampf zerstören. (S. 14)

Klarer wäre es kaum möglich, den Sinn des kommunistischen Kampfes für Demokratie in den westeuropäischen Ländern darzustellen. Und dass auf die Hintergründe der Werbung aller Kräfte für eine solche Demokratie (genannt «revolutionäre Demokratie») weder die Erklärung der Konferenz noch die einzelnen Redner direkt hinweisen, ist verständlich. Wenn man um die Unterstützung der bürgerlichen Kreise wirbt, wäre es taktisch der grösste Fehler gewesen, die Ziele aufzudecken. Und hier sieht man auch die Hintergründe, weshalb ein Dialog mit den «Anti-



Karlsbader Tagung: In der Mitte die Leere.

kommunisten» unter allen Bedingungen abgelehnt wird.

Nichts Neues zum Friedenskampf

Doch erlaubte sich Breschnew, einen schwachen Hinweis auf den Charakter des Friedenskampfes zu machen, indem er erklärte: «Der Friedenskampf widerspricht nicht dem Kampf um Sozialismus. Und wenn es stimmt, dass der Friedenskampf zum Kampf zum Sozialismus beiträgt, so stimmt auch nicht minder, dass der Kampf gegen Imperialismus und Reaktion, für Demokratie und sozialen Fortschritt eine wichtige Voraussetzung für die Festigung des Friedens ist...» Indirekt liess also auch Breschnew durchblicken, dass Friedenskampf und Kampf für Demokratie zum Kampf für den Sozialismus beitragen sollen. Wie Kadar betonte, seien Initiatoren und Organisatoren des Kampfes für Frieden und Demokratie in allen Ländern die Kommunisten, «und das nicht deshalb, weil sie die führende Rolle beanspruchen, sondern weil es die historische Sendung der Parteien ist, die das Bestreben der fortschrittlichen gesellschaftlichen Kraft — der Arbeiterklasse — ausdrückt». Mit anderen Worten: die kommunistische Führung in den zu bildenden Volksfronten aller «fortschrittlichen» Kreise des Westens ist eine «objektive Gesetzmässigkeit»; die Kommunisten stellen keinen Anspruch auf sie, sie haben aber diese trotzdem inne, denn die führende Rolle ist «objektiv» gesetzmässig und vom Willen des Individuums unabhängig.

Sowohl die offizielle Erklärung als auch die einzelnen Redner betonten die Wichtigkeit eines Treffens für die europäischen Staaten zur Erörterung der Probleme der Sicherheit und der friedlichen Zusammenarbeit in Europa; ebenfalls wurde die Idee der Einberufung einer Konferenz der Vertreter aller europäischen Parlamente befürwortet.

Die Erklärung sowie mehrere Diskussionsbeiträge verlangen die Abschaffung der «reaktionären Diktatur» in Westeuropa, besonders in Spanien und Portugal; doch wurde nicht gesagt, dass Zweck der «revolutionären Demokratie» und später der sozialistischen Revolution die Aufstellung einer Diktatur, der Diktatur des Proletariats ist, die jedoch eine «fortschrittliche Diktatur» darstellt und nur zur Garantie der sozialistischen Demokratie dient.

Und dann natürlich ...

In der Erklärung wird die «Respektierung der realen Lage» in Europa als Ausgangspunkt zur Verständigung verlangt: 1. Anerkennung der Unantastbarkeit der bestehenden Grenzen in Europa; 2. Anerkennung der Existenz zweier souveräner und gleichberechtigter deutscher Staaten; 3. Verhinderung des Zutritts der Bundesrepublik zu Kernwaffen in jeglicher Form, darunter in der sogenannten europäischen multilateralen oder atlantischen Form; 4. Anerkennung, dass das Münchener Diktat vom Augenblick seines Abschlusses an ungültig ist.

Als die wichtigsten aussenpolitischen Kampfziele für die Volksfronten werden in der Erklärung angeführt: 1. Abschluss eines Vertrages zwischen allen Staaten Europas über den Verzicht auf die Anwendung oder Androhung von Gewalt in den gegenwärtigen Beziehungen sowie auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten; 2. Die Normalisierung der Beziehungen zwischen allen Staaten und der DDR, wie auch zwischen den beiden deutschen Staaten und zwischen der besonderen politischen Einheit West-Berlins und der DDR; 3. Konsequente Verteidigung und Entwicklung der Demokratie in der Bundesrepublik, dies bedingt die allseitige Unterstützung des Kampfes der fortschrittlichen Kräfte in der Bundesrepublik: 4. Der Abschluss eines Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen.

Die Konferenzteilnehmer befürworteten natürlich nicht nur Diskussionen zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten, sondern auch unter den Kommunisten selbst. In den Worten von Luigi Longo ertönt jedoch in diesem Zusammenhang ein kleines Misstrauen: «Diskussionen unter den kommunistischen Parteien, soweit sie einen positiven Charakter haben und nicht zu einer unzulässigen Einmischung in das Leben anderer Parteien werden, sind nützlich und wesentlich für den Fortschritt.» («Neues Deutschland», 29. April 1967, S. 4) Dieser Seitenhieb kann ebenso der KPdSU als auch der KP Chinas gelten, da es sich aber um eine europäische Konferenz handelt, ist die Wahrscheinlichkeit der ersten Variante grösser.

*

Zusammenfassend: Es kann kaum geleugnet werden, dass die Karlsbader Konferenz für die Nichtkommunisten Westeuropas mehr Positives brachte als für die Kommunisten. Eine sorgfältige Prüfung der Konferenzdokumente erlaubt es nämlich, hinter den schönen Worten auch den Inhalt und Sinn der neuen kommunistischen Offensive aufzudecken. Der Gegensatz zwischen obligatorischer Theorie im Osten und den einzusetzenden Mitteln im Westen ist nämlich so gross, dass sogar die politisch weniger interessierten Leser auf die Idee kommen müssen: in Karlsbad handelte es sich um neue taktische Manöver und nicht um eine perspektivische Lösung; um die Vorbereitung der sozialistischen Revolution und nicht um eine Beruhigung und Entspannung der internationalen Lage. *Laszlo Revesz*

Aus dem SOI

Es gibt Erfreuliches zu berichten:

Der Verein zur Förderung des Schweizerischen Ost-Instituts (VFSOI), gegründet im letzten Herbst, zählt heute über 300 Mitglieder. Diese stattliche Zahl wird es bereits ermöglichen, einen schönen Beitrag an die Pressedienste für die Entwicklungsländer zu leisten. Darüber hinaus hofft der Vorstand des Vereins, dass sich der Mitgliederbestand noch in diesem Jahre wesentlich erhöhen werde, damit diese wichtige Informationsarbeit noch weitergehend gesichert werden kann. Er bat uns, ihm in der nächsten Nummer eine Seite zur Verfügung zu halten, um sich den KB-Lesern vorstellen zu können. Gerne werden wir dieser Bitte entsprechen.

Die drei jüngsten Bücher des SOI-Verlages erfreuen sich grosser internationaler Anerkennung: «Moskaus Hans in Indien» von Peter Sager ; «Schule und Erziehung in der Sowjetunion» von Nigel Grant und «Krieg und ideologischer Kampf», eine auszugsweise Uebersetzung der vom sowjetischen Verteidigungsministerium verlegten gleichnamigen Schrift von Oberst I. A. Selesnew. Dutzende von günstigen Rezensionen liegen auf unserem Verlagstisch. Ein erfreuliches Echo, das ermutigt und verpflichtet.

Auf den kommenden Herbst hin wird das SOI fünf neue Bücher herausgeben, die wir unseren Lesern später anzeigen wollen.